

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Es darf ohne Genehmigung nicht verwendet werden. Insbesondere

Manuskript: darf es nicht ganz oder teilweise o. in Auszügen
Gerd E. Hoffmann ^{KRITISCHE CHRONIK} ^{Freitag} 26. August 1977
abgeschrieben, oder in sonstiger Weise veröffentlicht
werden. Für Rundfunkzwecke darf das Manuskript nur
mit Genehmigung des Westdeutschen Rundfunks Köln
benutzt werden.

Vision einer verkabelten Informationsgesellschaft -
Gerd E. Hoffmann stellt eine wissenschaftliche Studie vor,
die sich gegen die Monopole von Staat und Großindustrie richtet

Auf der Berliner Funkausstellung wird zur Zeit auch dem
schlichten Bürger ein Eindruck davon vermittelt, in welcher
Weise er künftig eine Bildschirmzeitung ins Haus geliefert be-
kommen kann, wie er mit Behörden von seinem Wohnzimmer aus
etwa Wohnungs- oder Steuerfragen mit Hilfe eines Computers
abhandeln, sich Ratschläge von der Stiftung Warentest besorgen
kurzum mit elektronischen Geräten und Medien auf das Leben in
einer verkabelten Informationsgesellschaft vorbereiten kann.
Der Mensch wird dabei als Gesprächspartner immer überflüssiger
Staat und Großindustrie - so scheint es - streben nicht nur den
total verwalteten, sondern auch den total dirigierten Bürger
an, den man dann auch noch besser kontrollieren kann, weil die
elektronischen Medien im Computerverbund die Möglichkeiten
bieten, praktisch alle Kommunikationsbedürfnisse des einzelnen
aufzuzeichnen und auszuwerten. Orwells Vision "1984" vom all-
mächtigen großen Bruder rückt wieder ein Stück näher.

Mit einer 148 Seiten starken Studie meldete sich diese Woche
das "Institut für Kommunikationstechnologie und -systemfor-
schung e.V." zu Wort. Man kann dieses private Unternehmen, das
sich durch Aufträge aus dem freien Markt finanziert, durchaus
als eine wissenschaftlich-technische Bürgerinitiative begrei-
fen. Sie setzt sich dafür ein, den Einfluß der Mächtigen in
Staat und Wirtschaft bei der künftigen Ausgestaltung unserer

Dr. Hans B. Hohlmann

auf Information beruhenden Gesellschaft zu begrenzen und dem freien Wettbewerb im Angebot der Kommunikationsinstrumente - vom Telefon über den Fernkopierer bis zum Bildschirmtextgerät - soviel Freiheit wie möglich einzuräumen. Kurz gesagt sollen die Bürger im Wirtschaftsleben wie im Privatbereich jeweils selbst entscheiden können, welcher Instrumente sie sich bedienen; es soll verhindert werden, daß Staat und Großindustrie mit Hilfe des Monopols der Bundespost uns vorschreiben, welche Geräte wir zu welchen Bedingungen und zu welchem Preis zu benutzen haben. Zwei Vorstandsmitglieder des Instituts, Ulrich Jochimsen und Ernst Eggers stellten die Studie am Dienstag in Bonn der Öffentlichkeit vor.

Ein kleiner Kreis von Fachleuten der Nachrichtentechnik und des Telekommunikationswesens haben es sich zur Aufgabe gemacht, den offiziellen Bericht der "Kommission für den Ausbau des technischen Kommunikationssystems" - kurz KtK-Kommission genannt - kritisch zu durchleuchten. Das Ergebnis ist eine umfangreiche Studie mit 50 Feststellungen und 19 Alternativen zu Struktur- und Detailfragen. Die Studie wurde aus persönlichem und gesellschaftspolitischem Interesse von den Mitarbeitern des Instituts ausgearbeitet. Sie sucht noch einen Käufer. Die Aussagen der Studie erhalten besonderes Gewicht dadurch, daß der Vorsitzende des in Wiesbaden beheimateten Instituts selbst Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten KtK-Kommission gewesen ist. Bereits während seiner Arbeit in der Regierungskommission war Ulrich Jochimsen mit seinen Auffassungen über wirtschaftlichen Wettbewerb und basis-demokratische Selbstbestimmung des Bürgers mit den direkten oder verhüllten Machtinteressen staatlicher Verwaltung und großindustrieller Markt-

beherrschung in Konflikt geraten. Innerhalb der heute vorherrschenden Strukturen, in denen Forschung entweder in den Großunternehmen der Wirtschaft, in den Großforschungsunternehmen des Bundes- und der Länder, sowie an den ebenfalls staatlich finanzierten Universitäten stattfindet, ist das Wiesbadener Institut ein Außenseiter. Ist Ulrich Jochimsen deshalb etwa ein technologischer Don Quichotte? Er ist es ebenso wenig wie jene Wissenschaftler, die innerhalb der Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke tätig wurden, oder wie jene Wissenschaftler und Praktiker, die in jüngster Zeit vor einem unüberlegten und gesellschaftlich schädlichen Einsatz der Computer warnen.

Ulrich Jochimsen und seine Gruppe zählen eher zu jenem Kreis besorgter Bürger und gesellschaftspolitisch engagierter Demokraten, die ähnlich den SPD-Vorsitzenden von Baden-Württemberg, Erhard Eppler, dafür eintreten, daß die weitreichenden Entscheidungen für unsere Gesellschaft wieder von den gewählten Politikern getroffen werden müßten - nicht aber von den Verwaltungsapparaten. Dies kommt in der Alternativ-Studie zum KtK-Bericht gleich zu Anfang zum Ausdruck:

Zitator:

"Die technische Kommunikation ist ein Schlüsselbereich der staatlichen Infrastruktur. Sie wirkt in alle Sektoren von Staat und Gesellschaft hinein. Strukturfragen der Kommunikation sind politische Machtfragen. Sie betreffen jeden Bürger. Strukturentscheidungen im Bereich der Kommunikation sind zugleich volkswirtschaftliche Weichenstellungen, die finanzielle und technische Ressourcen auf lange Zeit binden. Sie können daher einmal vorgenommen, nicht beliebig korrigiert werden. Daraus ergibt sich auch eine besondere Verantwortung der politischen

Parteien. Die politischen Parteien in der Bundesrepublik haben sich dieser Verantwortung bisher kaum gestellt, sondern vor allem Zeugnis von ihrer Ohnmacht abgelegt. Die Entscheidungen fielen und fallen in den Technokratien von Verwaltung und Industrie. Dies zu ändern ist die Aufgabe. Die vorliegende Studie soll dafür Anstöße geben".

Autor:

Die Anstöße der Studie gehen vor allem in drei Richtungen. Zum einen wird immer wieder begründet, daß es sich zu überlegen lohnt, in welchen Bereichen und wieweit das Monopol der Bundespost begrenzt werden könne und müsse. Zum zweiten wird die sicher nicht abwegige Vermutung geäußert, daß sehr viel mehr für den Bürger allgemein, oder für einzelne Bürgergruppen nützliche Erfindungen im nachrichtentechnischen und im elektronischen Bereich, in Form von Zusatzgeräten oder Service-Leistungen angeboten würden, wenn die Post durch ihre Reglementierung der technischen Instrumente nicht ständig solche Innovationen abbremsen oder eben unmöglich machen würde. Zum dritten zeigt die Studie vor allem in ihren 19 Alternativen auf, daß die bestehenden nachrichtlichen und die künftigen Dienste im Bereich der Telekommunikation individueller und preiswerter geliefert werden könnten, wenn sich die Verantwortlichen zu einem Abbau der bestehenden Reglementierungen entschließen würden.

Während der Vorstellung in Bonn wurde dies an einigen Beispielen deutlich gemacht. Es geht dabei um die Gestaltung sogenannter Schnittstellen. Eine solche Schnittstelle ist - vereinfacht ausgedrückt - jede elektrische Steckdose in einem Haushalt. Sie ist so gestaltet, daß wir von der Stehlampe über den

Föhn bis zum Tauchsieder oder dem Fernsehgerät alle Geräte abwechselnd anschließen können, um elektrischen Strom zu nutzen, ohne dafür einen Bediensteten des Elektrizitätswerks in die Wohnung bitten zu müssen. Solche kompatiblen Schnittstellen, also für unterschiedliche Geräte unterschiedlichen Fabrikats benutzbare Anschlußstellen, wären auch für Telefon oder Fernschreiber, für künftige Bildtextgeräte und manches mehr möglich. Darauf bezieht sich Ernst Eggers, wenn er erklärt:

068

O-Ton(Eggers): "Es ist ohne weiteres möglich und dafür haben wir ja in USA Parallelen, daß wie im Bereich der Elektrizitätsversorgung eine klare Schnittstelle geschaffen wird, so daß der Verbraucher beliebige Endgeräte an eine solche Schnittstelle anfügen kann... Das würde dann bedeuten, daß das Telefon nicht mehr von der Deutschen Bundespost geliefert wird, sondern daß das Telefon im Handel vom Verbraucher gekauft wird. Wenn das Telefon Freitagabend ausfällt, kann er Samstagmorgen ein neues Telefon kaufen und braucht nicht darauf zu warten, daß am nächsten Montag oder eine Woche später der Störungsdienst kommt".

Autor: Ulrich Jochimsen verweist darauf, daß das Monopol der Bundespost in diesem Bereich noch aus der Kaiserzeit stammt und insofern ein Relikt des Obrigkeitsstaates darstelle. Da im KtK-Bericht, der offiziell inzwischen als eine Art Kommunikations-Bibel begriffen wird, zur Frage der Zuständigkeit nichts konkret gesagt werde, sei die Bundespost jetzt dabei, ihre Hoheit auch auf jene künftigen telekommunikativen Bereiche auszuweiten, in dem sie einfach durch Verfügung bestimmte Regeln festlegt. Jochimsen plädiert für eine Liberalisierung, für

marktwirtschaftlichen Konkurrenzkampf der Gerätehersteller auch in diesem Bereich. Er gesteht dabei offen zu, daß die Großunternehmen wie etwa Siemens an dieser Lösung nicht interessiert sind, weil die Bundespost als Hauptabnehmer von 70 Prozent der Produktion dieses Sektors den wenigen lizenzierten Unternehmen praktisch die Marktbeherrschung sichert. Wollen die Mitglieder des Wiesbadener Instituts also im Grunde die volle Privatisierung? Dazu Ulrich Jochimsen:

8

Jon Jochimsen: "Wir meinen Privatisierung im privaten Bereich, das heißt also ... Integrität der Wohnung. Beispielsweise finden wir es ... unerträglich, daß hier der Staat jederzeit in die Wohnung kommen kann unter dem Vorwand der Kontrolle des Telefonapparates. Sie wissen, daß ja alle Behörden zur Amtshilfe verpflichtet sind. Wir meinen, daß hier längst dieser Bereich dem einzelnen zurückgegeben werden kann, daß hier also keine Notwendigkeit einer staatlichen Kontrolle von Schnüren, Steckern und ähnlichem sein muß. Sie müssen das im Zusammenhang sehen mit der ständigen Weiterentwicklung der Elektronik auf dem Gebiet der Nachrichtentechnik So ist es ja durchaus möglich, beispielsweise Gespräche abzuhören, sehr leicht abzuhören, Telefongespräche abzuhören, selbst dann, wenn also der Hörer auf der Gabel liegt, kann man die Gespräche innerhalb der Wohnung hören. Ich meine, das sind alles Fragen, die hier den aufgeklärten Bundesbürger interessieren müßten..."

ator:

Jochimsen erläutert, daß es heute durchaus möglich wäre, durch kleine Zusatzeinbauten das Belauschtwerden zu erschweren, wenn nicht sogar zu verhindern. Ebenso wäre es leicht möglich, die "Ruhe vor dem Telefon" herbeizuführen. Das sei aber gegenwärtig

verboden, weil Fernmeldetechnische Geräte nicht verändert werden dürfen. Gleichzeitig aber kümmere sich die Bundespost selbst nicht um die Bestimmungen des Grundgesetzes:

15
-Ton Jochimsen: "Sie wissen, daß die Datenfernübertragung in den nächsten zehn Jahren unsere Landschaft ganz wesentlich beeinflussen wird. In seinem Amtsbaltt vom 22. Juni 1977 hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen lediglich in einer Verfügung eine Benutzungsregelung für den Verkehr mit Computeranlagen in Nordamerika veröffentlicht. Das ist auf nicht verfassungsgemäßer Basis zustande gekommen. Denn Benutzungsbedingungen für das Post- und Fernmeldewesen, so steht es schon im Grundgesetz, bedürfen einer Verordnung, die soweit nicht andere Bundesgesetze sie regeln durch Mitwirkung des Bundesrates zustande kommen muß. Das ist nicht geschehen".

Autor: Hier wird ein massiver Vorwurf erhoben, der umso schwerer wiegt, weil ja gerade mit Hilfe auch der Fernmeldetechnik immer wieder überprüft wird, wieweit einzelne Bürger auch wirklich auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Doch der Umgang mit Computern befindet sich juristisch noch in einer Art Grauzone. Selbst das Bundesdatenschutzgesetz, das Anfang 1978 in Kraft tritt, sagt über den internationalen Datenaustausch mit Computern wenig. Es bleibt zu hoffen, daß sich unsere politischen Parteien angesprochen und zum Handeln veranlaßt sehen. Denn sonst könnte es passieren, daß ähnlich wie bei der Atomenergie die eigentlich politischen Entscheidungen auf Verwaltungsgerichte und das Bundesverfassungsgericht verlagert werden. Auch vor dieser Tendenz warnen die Verfasser der Alternativ-Studie - gewiß nicht ohne guten Grund.

Die Studie bewegt sich allerdings streng im wissenschaftlich-technischen Bereich und spricht die Frage nicht an, wer denn über die Inhalte der verschiedenen Kommunikationsdienste für Gesundheit, Haushalt, Erziehung und vieles mehr das Sagen haben wird. Insofern sind auch die Kritiker der KtK-Studie durchaus strukturkonform, obgleich sie ja gerade die Strukturen ändern wollen.

-.-.-.-.-.-